

Ziele und Forderungen 2022

Klimawandel, Grundwasser und Naturraum

Im Klimawandel treten immer mehr Wetterextreme wie heftige, kurzzeitige Niederschläge und lange Trocken- und Hitzezeiten auf. Besonders in den Mittelgebirgen bedroht dies die Grundwasservorräte durch schnelle Oberflächenabflüsse, schlechte Schneeschmelze, Regenmangel in den verlängerten Vegetationszeiten und tiefe Bodenaustrocknung. Eine verstärkte Wasserrückhaltung zwecks besserer Grundwasserneubildung und das Reduzieren von Grundwasserentnahmen sind deshalb dringend nötig. Denn wo Grundwasser fehlt, sind die Natur, der Wald und die Landwirtschaft stark gefährdet. Das gilt nicht nur im Vogelsberg, sondern auch am Burgwald und im hessischen Ried. Alarmzeichen wie Quell- und Gewässerausfälle sowie Verluste von Feuchtgebieten sind unübersehbar.

Keine unnötige Fernwassergewinnung

Gerade die großen Grundwasserwerke erzeugen mit ihren Absenkungen oft ein hohes ökologisches Risiko für das jeweilige Gewinnungsgebiet. Aus deren Brunnen versorgt sich der Ballungsraum Rhein-Main per Fernwasserleitungen zu großen Teilen mit preisgünstigem Trinkwasser, obwohl die Wassergesetze eine ortsnahe Versorgung fordern. Die SGV fordert, dass diese Bestimmung endlich in geltendes Recht umgesetzt wird und dass die Fernwassereporte damit verringert werden. Es kann nicht sein, dass das wasserreiche Rhein-Main-Gebiet sein ortsnahes Wasser nicht nutzt, und sich stattdessen trotz Klimawandel weiterhin aus entfernten Liefergebieten wie bisher versorgen lässt.

Mangelhafte Verantwortung des Ballungsraums als Verursacher

Diese verantwortungslose Haltung des Ballungsraums, vorneweg der Stadt Frankfurt, darf nicht länger akzeptiert werden. Die Stadt legt zwar Bedarfsnachweise vor, in denen angesichts des Wachstumsbooms immer mehr Wasser aus dem Vogelsberg, Burgwald und Ried gefordert wird, jedoch verschweigt sie und ihr Exklusivlieferant Hessenwasser GmbH & Co. KG, welche enorme, eigene Wasservorkommen in der Stadt und in ihrem nahen Umland mit zumutbaren Investitionen genutzt werden könnten. Und sie verschweigen, wie viele Millionen Euro sie jährlich durch den Handel mit Fernwasser einnehmen. Dieses lukrative Geschäft ist ihnen offensichtlich wichtiger als ihre Verantwortung für die Gewinnungsgebiete ihres Trinkwassers. Die zuständigen Behörden, vorneweg das Umweltministerium, müssen dem einen Riegel schieben.

Stärken der Wasser-Eigenversorgung in Frankfurt / Rhein-Main

Die SGV fordert die Ballungsraum-Kommunen, vor allem die Stadt Frankfurt, auf, ihre Eigenversorgung umgehend erheblich zu verstärken – sowohl um den Fernwasserbezug zu reduzieren als auch um ihre Versorgung selbst abzusichern. Dazu müssen sie, ggf. durch Neuanlagen, ihre Brunnen und Wasserwerke ertüchtigen, deren Fördermengen hochfahren und Wasserschutzzonen strenger als bisher verteidigen, anstatt die entsprechenden Aufwendungen und Lasten den Liefergebieten zuzuschieben. Vor Allem aber müssen sie und das Land Hessen erneut lernen, dass das Trinkwasser, das mit hohem Aufwand und ökologischem Risiko herbeigeschafft wird, nach Stand der Technik in den meisten Gebäuden zu 50% - 80% durch Nicht-Trinkwasser ersetzt werden kann.

Zumindest in Neubauten müssen die WCs, die Waschmaschinen, die Pools und die Bewässerung über ein zweites Leitungssystem mit Regen-, Grau- oder Mainwasser versorgt werden. Wie in den 90ern kann damit, in Kombination mit Wasserrecycling und Sparmaßnahmen, der Trinkwasserbedarf gesenkt und die Wasserversorgung in kritischen Zeiten abgesichert werden.

Schnelles Umsetzen von Leitlinien und Konzepten

Viele Bestimmungen in den neuen Leitlinien des Landes und in den neuerdings aufkommenden kommunalen Wasserkonzepten bestätigen die Einschätzungen der SGV und unterstützen etliche ihrer Forderungen. Doch Leitfäden und Konzepte bleiben zahnlose Papiertiger, wenn sie nicht rechtsverbindlich sind und die erforderlichen Maßnahmen keine finanzielle Basis haben. Beim Lösen beider Probleme stehen das Land und die Verbrauchskommunen gemeinsam in der Pflicht. Die SGV fordert deshalb von beiden sofortige juristische Vorgaben und Förderprogramme, damit effektive Maßnahmen so schnell wie möglich greifen. Hier wurde schon viel zu lange gezögert und auf die lange Bank geschoben.

Kein Handel mit Grundwasser und kostendeckende Wassergebühren

Grundwasser ist ein Gemeingut, das für die Daseinsvorsorge unerlässlich ist. Und doch machen private Wassergesellschaften wie die Hessenwasser GmbH & Co. KG, die OVAG oder Mainova AG damit glänzende Millionengeschäfte. Und diese Profite verhindern schon seit vielen Jahren die notwendige Klimaanpassung der Wasserwirtschaft. Die SGV fordert die Wasserbehörden und den Gesetzgeber auf, den Kommerz in der Wasserversorgung, der den Naturraum als auch die Versorgungssicherheit schädigt, zu unterbinden. Die Trinkwasserversorgung ist öffentlich-rechtlich zu organisieren. Die öffentlich-rechtliche Wasserversorgung muss zu kostendeckenden Wassergebühren erfolgen und darf keine Gewinne erzielen. Die SGV unterstützt diese Rechtslage.

Gesetzliche Verankerung der Umweltschonenden Grundwassergewinnung

Durch die Umweltschonende Grundwassergewinnung lassen sich die unbedingt notwendige Grundwasserförderung und der Naturschutz miteinander vereinbaren. Dennoch werden wichtige Kriterien wie das Minimieren des ökologischen Risikos, die sparsame Verwendung des Wassers oder die Regeneration geschädigter Gebiete unterlaufen. Die SGV fordert daher das Land Hessen auf, die Umweltschonende Grundwassergewinnung zur rechtsverbindlichen Norm für ganz Hessen zu erklären.

Für die Schutzgemeinschaft Vogelsberg
Cécile Hahn, Vorsitzende